

Ansprache des Parlamentspräsidenten Karl-Heinz Lambertz anlässlich der Überschwemmungskatastrophe

(Plenarsitzung | Eupen, den 19. Juli 2021)

Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung,

eigentlich sind wir heute zusammen gekommen, um über ein Kooperationsabkommen zu befinden, das sich mit der rechtlichen Abwicklung von Maßnahmen beschäftigt, die sich aus der Bekämpfung der Corona-Pandemie ergeben und die sowohl die Eindämmung der Ansteckungsgefahr, als auch die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung in Urlaubszeiten und darüber hinaus betreffen.

Seit vergangenem Mittwoch erfordert jedoch ein anderes Thema unsere ganze Aufmerksamkeit. Was wir bisher nur von Fernsehbildern aus weit entfernten Regionen unseres Planeten kennen, ist mit brutaler Gewalt über unsere Heimat und ihre Nachbarregionen jenseits der Sprach- und Staatsgrenzen hereingebrochen und hat zu einer Katastrophe mit historischem Ausmaß geführt, hunderte Menschenleben gefordert und eine breite Schneise der Zerstörung hinter sich gelassen.

Wohn- und Lebensräume wurden zerstört, Existenzen vernichtet, öffentliche und private Infrastrukturen schwer beschädigt. Dies alles lässt sich kaum in Worte kleiden, verschlägt regelrecht die Sprache und macht fassungslos. Wer nicht persönlich betroffen ist, kann nur ahnen, welche Gedanken und Gefühle jene bewegen, die Opfer der Katastrophe geworden sind. Umso wichtiger ist es, Anteilnahme zu zeigen und Hilfe zu leisten.

Dies ist in den vergangenen Tagen in eindrucksvoller Weise geschehen. Allorts haben wir den raschen und kompetenten Einsatz der Hilfsdienste sowie die spontane Hilfsbereitschaft der Bevölkerung erlebt.

Dafür möchte ich allen beteiligten Helferinnen und Helfern in unser aller Namen unsere Dankbarkeit und Bewunderung aussprechen. Das war und ist ein eindrucksvolles Zeichen gelebter Solidarität.

Nun bedarf es weiterer Hilfe. Auch wenn der erste Schock vorbei ist, darf niemand mit seinen Problemen alleine gelassen werden. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Schäden zügig behoben und die Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen für die Opfer der Überschwemmungen so schnell wie nur irgend möglich in die Wege geleitet und vollzogen werden.

Dazu können, wollen und müssen auch wir als Parlament und Regierung unseren Beitrag leisten.

Es stehen kurzfristige Entscheidungen an, für die unsere Regierung bereits vergangenen Freitag wichtige Weichen gestellt hat.

Es muss für eine reibungslose Koordination aller betroffenen Entscheidungsebenen von den lokalen Behörden über die Provinz, die Gliedstaaten und den Föderalstaat bis hin zur Europäischen Union gesorgt werden.

Es darf nicht zu Verzögerungen oder Hin- und Her-Schiebereien bei den anstehenden Entschädigungen kommen. Deshalb sollten gegebenenfalls pragmatische Vorfinanzierungsinstrumente eingesetzt werden.

Es muss auch eine möglichst vollständige Ursachenforschung betrieben werden, damit kurzfristig die notwendigen Schutzmaßnahmen getroffen werden und damit langfristig wirkungsvolle Vorbeugungsstrategien zum Zuge kommen. Dazu eröffnen uns die neuen Zuständigkeiten der DG für Raumordnung und Wohnungswesen interessante Handlungsmöglichkeiten.

Nicht zuletzt dank des beherzten Einsatzes der örtlichen Verantwortlichen hat die Zusammenarbeit innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den vergangenen Tagen hervorragend geklappt und insbesondere die Bedeutung einer gut funktionierenden und ausgerüsteten Hilfeleistungszone eindrucksvoll hervorgehoben.

Dies sind nur einige Anregungen, die sich noch um zahlreiche weitere Überlegungen anreichern ließen.

Um zeitnah einen ersten Gedankenaustausch dazu in unserem Hause zu ermöglichen, werde ich nachher bei den zwei Fragen, die sich auf die Flutkatastrophe beziehen, in Anwendung von Art. 84 §7 unserer Geschäftsordnung eine Debatte anregen, die dann am Ende unserer heutigen Plenarsitzung stattfinden könnte und die wir zu einem späteren Zeitpunkt mit etwas Abstand zu dem aktuellen Geschehen in geeigneter Form fortsetzen sollten.

Ich möchte es jedoch nicht bei diesen Vorschlägen belassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich lade Sie alle recht herzlich dazu ein, persönlich den Spendenaufrufen Folge zu leisten, die in den vergangenen Tagen u.a. seitens des Bürgerfonds Ostbelgien der König-Baudouin-Stiftung ergangen sind. Auf diese Weise können wir den Opfern der Flutkatastrophe auch materiell unsere Solidarität bekunden. Darüber hinaus möchte ich Sie nun bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben und in einer Schweigeminute jener Menschen zu gedenken, die in den vergangenen Tagen wegen der Überschwemmungen ihr Leben verloren haben.